



23. November 2018

AUSGABE 9/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

diese Woche war etwas harte Kost: wir haben den Haushalt für 2019 verhandelt und heute beschlossen. Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. Denn wir investieren in die Zukunft unseres Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau, in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das wirkt sich unmittelbar auf Dortmund aus: Unter anderem werden drei Bahnhöfe endlich barrierefrei umgebaut, das Jobcenter bekommt deutlich mehr Geld (mehr dazu weiter unten), es entsteht eine Akademie für Digitalität und Theater und die Stadt erhält mehr Mittel für den Ausbau der Dortmunder Kitas.

---

## **Rente langfristig sichern**

Armut im Alter ist eines unserer drängendsten Probleme. Mit unserem Rentenpaket, das im Bundestag verabschiedet wurde, gehen wir dies gezielt an.

In einem ersten Schritt wird das Rentenniveau auf dem heutigen Wert von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert. Im selben Zeitraum werden die Beiträge nicht über 20 Prozent steigen. Darüber hinaus erhöhen wir die Rente für Eltern von vor 1992 geborenen Kindern, entlasten Geringverdiener bei ihren Beiträgen und stärken die Rente von Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können.

Natürlich bleibt unser Ziel, Altersarmut langfristig zu verhindern. Zu diesem Zweck haben wir bereits vor Monaten eine Rentenkommission eingesetzt. Sie soll bis März 2020 Vorschläge erarbeiten, wie die gesetzliche Rente über 2025 hinaus stabil gehalten werden kann.

Im nächsten Jahr gehen wir zudem die Solidarrente und die Integration von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung an.

---

**Berliner Büro** Tel.: 030 227 78494  
**Wahlkreis Büro** Tel.: 0231 286 786 18  
www.sabine-poschmann.de

Fax: 030 227-76496  
Fax: 0231 286 786 16  
https://www.facebook.com/poschmann.spd

[sabine.poschmann@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann@bundestag.de)  
[sabine.poschmann.ma04@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann.ma04@bundestag.de)

## *Familien finanziell entlasten*

Das Kindergeld wird ab dem 1. Juli 2019 um zehn Euro pro Kind und Monat erhöht. Der steuerliche Kinderfreibetrag wird entsprechend angepasst. Dazu erhöhen wir den Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer sowohl 2019 als auch 2020 deutlich. Auch wenn sich das nicht nach viel anhört: Auf's Jahr gerechnet hat eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 42.000 Euro in 2019 ein Plus von 460 Euro und in 2020 von 700 Euro. Wichtig ist auch, dass unser Finanzminister Olaf Scholz die seit Jahren kritisierte „kalte Progression“ ausgleicht. Damit sorgen wir dafür, dass Lohnerhöhungen vollständig bei Arbeitnehmern ankommen.

Eine aktuelle Bertelsmann-Studie zeigt, dass mehr Geld vom Staat direkt bei den Kindern in Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen ankommt. Zum Beispiel wird es für Kitaplätze oder für Turn- und Musikstunden genutzt. Das Geld kommt den Kindern zu Gute und wird nicht, wie oft behauptet, von den Eltern für ihre eigenen Interessen ausgegeben.

Deswegen bringen unsere Familienministerin Franziska Giffey und unser Sozialminister Hubertus Heil auch als nächstes das „Starke-Familien-Gesetz“ für armutsgefährdete Familien auf den Weg. Es sieht u.a., vor den Kinderzuschlag soweit zu erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Der Zuschuss zum persönlichen Schulbedarf soll von derzeit 100 Euro auf künftig 150 Euro pro Kind ansteigen.

---

## *Neue Chancen für Langzeitarbeitslose*

Zum 1. Januar 2019 wird der Soziale Arbeitsmarkt ein Regelinstrument, das heißt, er wird langfristig gesetzlich verankert. Mit mehrjährigen Lohnkostenzuschüssen erhalten Arbeitgeber Anreize, Langzeitarbeitslose einzustellen. Das Dortmunder Jobcenter erhält 2019 knapp 10 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Bis zu 700 Langzeitarbeitslose können davon profitieren. Insgesamt werden für die Wiedereingliederung in Dortmund 74 Millionen Euro investiert.

Zwar ist die Arbeitslosenquote in Dortmund gesunken, aber die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt relativ konstant. Diesen Menschen helfen wir mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik weitaus mehr als mit der Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Auf den letzten Metern konnten wir im parlamentarischen Verfahren noch wichtige Verbesserungen rausholen. So haben Betroffene nun ein Jahr eher Anspruch auf Förderung. Menschen mit Kindern und Schwerbehinderte haben durch eine Sonderregelung sogar noch früher Zugang zum Sozialen Arbeitsmarkt. Die Höhe der Lohnkostenzuschüsse orientiert sich am Tarif- statt wie geplant am Mindestlohn. Das ist besonders für Kommunen wie Dortmund wichtig. Als möglicher Arbeitgeber hätten sie die Differenz zahlen müssen, was sie aber aufgrund der Haushaltslage nicht hätten leisten können.

---

## *Pflegenotstand angehen*

Mehr Geld für neue Pflegestellen im Krankenhaus und ein Sofortprogramm für zusätzliches Personal in Altenheimen. Das sind die Kerninhalte des Gesetzes, das wir nun abschließend durch den Bundestag gebracht haben.

Zum 1. Januar 2019 schaffen wir die Voraussetzungen für 13.000 neue Plätze in der Altenpflege, um Pfleger und Patienten zunächst kurzfristig zu entlasten. Um die Situation in den Krankenhäusern zu verbessern, werden künftig zusätzliche Pflegestellen und jede Tarifsteigerung vollständig von den Krankenkassen finanziert. Damit geben wir den Kliniken Anreize, Personal einzustellen statt daran zu sparen.

Diese Anreize sind ein Schritt in die richtige Richtung, reichen alleine aber nicht aus. Denn oftmals fehlt es an geeigneten Fachkräften. Um den enormen Personalbedarf langfristig zu decken, müssen weitere Maßnahmen folgen, damit sich wieder mehr junge Menschen für den Pflegeberuf entscheiden – zum Beispiel durch einen flächendeckenden Tarifvertrag. Zudem verhandeln wir gerade das Einwanderungsgesetz, um ausländischen Fachkräften die Möglichkeit zu geben, bei uns Fuß zu fassen.

---

## *Verlängerung der Ferkelkastration*

Anfang Oktober hat der Koalitionsausschuss entschieden, die betäubungslose Ferkelkastration für weitere zwei Jahre zu erlauben. Eigentlich sollte mit dieser Methode Ende dieses Jahres Schluss sein. Viele Menschen haben auf die Verlängerung verständnislos und oft auch verärgert reagiert. Das kann ich absolut nachvollziehen!

Es ist wirklich ein Unding, dass es das CDU-geführte Landwirtschaftsministerium in fünf Jahren versäumt hat, schmerzfreie Alternativen zur Anwendungsreife zu bringen.

Wir als SPD standen Anfang Oktober daher vor der schwierigen Entscheidung: Entweder wir lassen die Übergangsfrist zum Ende dieses Jahres auslaufen und gefährden damit vor allem kleine und mittlere Ferkelzuchtbetriebe in ihrer Existenz – denn dann würden u.a. im Ausland gezüchtete Ferkel nach Deutschland importiert. Oder wir stimmen der Fristverlängerung zu, holen bei den Verhandlungen wichtige Punkte für den Tierschutz raus und stellen sicher, dass zum 31. Dezember 2020 mit der betäubungslosen Ferkelkastration definitiv Schluss ist.

Wir haben uns für Letzteres entschieden und unter anderem erreicht, dass das Landwirtschaftsministerium per Gesetz verpflichtet wird, bis zum 31. Mai 2019 eine Verordnung über die Anwendung von alternativen Methoden zur Kastration vorzulegen. Es gibt die Alternativen, sie müssen nur endlich für alle zugelassen und verfügbar sein!

Außerdem haben wir erreicht, dass das Kupieren von Schwänzen und Enthornen von Tieren auch verboten werden soll. Dafür wird ebenfalls ein Erlass erarbeitet.



In meinem Wahlkreisbüro gibt es seit Anfang dieser Woche einen neuen Mitarbeiter: Elvedin Goljica. Einige von euch werden ihn bestimmt schon kennen, denn er ist Dortmunder, aktiver Genosse und er war OV-Vorsitzender in Dortmund-Nord. Elvedin wird sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter um alle Themen, die Dortmund betreffen, kümmern. Falls ihr also Neuigkeiten, Anliegen oder Fragen habt, könnt ihr euch damit gerne an ihn wenden. Email-Adresse und Telefonnummer bleiben wie gehabt.

---

Auch in meiner SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie haben in dieser Woche die Köpfe geraucht, denn wir haben über schwere Themen diskutiert: Brexit, Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel, Energiesammelgesetz, Digitalsteuer und CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Ablenkung brachte ein Besuch von Sebastian Kehl bei uns Bundestagsborussen.

In der nächsten Woche folgt eine weitere Sitzungswoche. Zuvor stehen am Wochenende noch die Eröffnung des Kunstrasenplatzes in Sölderholz, für den wir lange gekämpft haben, sowie der Herbstempfang des Stadtbezirks Scharnhorst an. Am kommenden Samstag bin ich dann bei der Jubilar-Ehrung der AWO in Wickede. Allen, die ich bei diesen Gelegenheiten nicht sehe, wünsche ich schon einmal einen schönen ersten Advent!

Liebe Grüße

Eure 